

Hinweis: Nach der ersten Veröffentlichung kam eine Diskussion auf, die wir auf Seite 11 bringen!

Die Homöopathisierung der Radioaktivität.

Am 12. November 2015 nahmen wir zu Viert an einer Veranstaltung der Zukunfts-Werkstatt (eine Einrichtung der Grünen) im Studio Theater Itzehoe statt.

Uns interessierte das in der Einladung angekündigte Thema:

„Wo bleibt das Atomkraftwerk? – Endlagern – Lagern – Verwerten.“

Ruth Kastner, Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen erklärte bei Ihrer Begrüßung, dass die Zukunfts-Werkstatt sich Perspektiven bis 2050 widmet.

Als Referenten wurden angekündigt. (Die Vortrags-Folien haben wir uns später besorgt, so dass neben unseren Eindrücken, jede/r sich ein eigenes Bild von den Vortrags-Infos machen kann):

.) **Dr. Jan Backmann**, seit Juni 2014 Jurist-Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Schleswig-Holstein - mit seiner Folie: http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/J_Backmann-Stilllegung-in-SH-12-11-2015.pdf

.) **Dipl. Physiker Wolfgang Neumann**, Geschäftsführer der intac GmbH aus Hannover, die als unabhängige Gesellschaft seit Ende der 80-er Jahre Beratungen und Dienstleistungen besonders in den Bereichen Abfallwirtschaft, Altlastenproblematik, Gewässerschutz sowie **Bewertung der Nutzung der Atomenergie** durchführt – mit seiner Folie: http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/W_Neumann-Stilllegung-und-Freigabe-12-11-2015.pdf

Das Attribut „**unabhängig**“ zweifeln wir nicht nur deshalb an, weil es im Widerspruch zu einer Tätigkeit über die „**Bewertung der Nutzung der Atomenergie**“ steht, sondern für uns machte das Ganze den Eindruck, dass unter dem Vorwand von „**Bürgerbeteiligung**“ mit sich wiederholenden, teils wissenschaftlich verbrämten Ausführungen dem Bürger fertige Konzepte präsentiert werden sollen.

Der Referent Dr. Backmann vom Energie-Wende-Ministerium strapazierte die Aufmerksamkeit der Zuhörer mit einer **28 seitigen Folie** – siehe Link oben. Der „unabhängige“ Dipl. Physiker Neumann trat mit dem Anspruch an, die Ausführungen des Ministeriums kritisch zu „**beleuchten**“ und strapazierte uns ebenfalls mit einer **31 seitigen Folie** – siehe Link oben. Jedoch waren beide Referenten wie ein Herz und eine Seele, die sich eher ergänzten. Wir jedenfalls haben kein kritisches „Beleuchten“ vom einem gegenüber dem anderen empfunden. Wir beobachteten, dass etliche TeilnehmerInnen mit offenen Augen sich mehr schlafend als wach berieseln ließen.

In der Einladung stand: „Nachdem der AKW-Betreiber Vattenfall den Antrag auf Stilllegung und Abbau des Atomkraftwerks Brunsbüttel gestellt hat, fand Anfang 2015 in Brunsbüttel ein Erörterungstermin statt (zu dem übrigens keinesfalls alle

EinwenderInnen eingeladen wurden – nach welchen Kriterien bleibt unklar).

Die Sorge der EinwenderInnen richtete sich dabei insbesondere auf mögliche radiologische Auswirkungen, auf die Gesundheit durch die beim Rückbau anfallenden Abfälle und Reststoffe. Eingewendet wurde, dass die Grenzwerte beim Rückbau auf keinen Fall höher sein dürften als bei einem AKW im Betrieb.

Nach derzeitigen Erkenntnissen sollen 97 % des beim Rückbau anfallenden Materials wieder verwendet werden oder frei gemessen außerhalb von Atommüllanlagen deponiert werden. Hier muss sichergestellt werden, dass bei der Weiterverwertung die Verarbeitungskette nachvollziehbar ist und das Material ausschließlich in unkritischen Bereichen eingesetzt wird.

Über den Antrag der Stilllegung will das zuständige Energiewende-Ministerium bis 2017 entscheiden – hier der Antrag von Vattenfall: http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/16.Nov_2015-Vattenfall-stellt-Neuantrag-f%C3%BCr-Zwischenlager-Brunsb%C3%BCttel.pdf

Als die Redner endlich zum Ende gekommen waren, stand Dieter auf und stellte als einer der Ersten die Frage: „**Bei der Homöopathisierung der Radioaktivität wurde 1988 von einer Gruppe mit dem behaupteten Anspruch von Wissenschaftlichkeit das berühmte 10-Mikrosievert-Konzept als Grenzwert beschlossen. Wie ist das von dieser Gruppe behauptete 10-Mikrosievert-Konzept in die Politik gelangt und darüber abgestimmt worden und wo wurde es in der Politik dann einfach so übernommen? Wurden vorher noch andere Gutachten von wirklich „unabhängigen“ Sachverständigen eingeholt?**“

Die Antwort war, dass dieser Wert in der Tat 1988 von einem anerkannten Gremium von Wissenschaftlern vorgeschlagen wurde. Da aber die Antwort ausblieb, wie es zu einem politischen Beschluss wurde und Dieter es natürlich wusste, meldete er sich nochmal und fing an, es zu sagen.

Da unterbrach der Moderator Bernd Voß (MdL von Bündnis 90/Die Grünen) Dieter energisch mit der Aufforderung: „Keine Diskussion! Nur wenn Sie noch eine Frage haben!“ Dieter ließ sich nicht beirren und sagte: „Sie haben doch eigens zu einer Veranstaltung mit anschließender Diskussion eingeladen und jetzt wollen Sie die Diskussion genau unterbinden?“ und führte dann aus, „**dass es der damalige grüne Umweltminister Trittin war, der bei dem von ihm so hochgelobten vermeintlichen Atomausstieg 2001 den Atomkonzernen die novellierte Strahlenschutzverordnung mit dem 10-Mikrosievert-Konzept als Gegenleistung geschenkt hat, mit dem seither als unverrückbares Dogma die Atomkonzerne ihren AKW-Bauschutt auf Hausmülldeponien abladen dürfen oder den Metallschrott zu Jeans-Knöpfen, Trompeten, Autokarosserien, Konservendosen, Bratpfannen, Kochtöpfen und anderes mehr "recyclieren" dürfen.**“

Dass bestätigte Bernd Voß mit anderen Worten so, dass es kein Deal zwischen Trittin und der Atomindustrie gewesen sei, sondern im Rahmen des ersten Atomausstiegs so vereinbart wurde, was auch mehrheitlich 2001 im Bundestag beschlossen wurde.

Der so betonte Atomausstieg 2001 war Augenwischerei und in Wahrheit eine Absicherung der AKW-Restlaufzeiten für die Atomindustrie, die sich an die ohnehin vorgesehene Lebensdauer der jeweiligen AKW's orientierte. Obendrein wird die Bevölkerung nun mit dem **10-Mikrosievert-Konzept** belastet, das Trittin der Atomindustrie „geschenkt“ hat und als Verhandlungserfolg hingestellt wurde.

Jetzt soll eine AKW-Rückstellungen-Kommission den Ausstieg sichern

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/akw-rueckstellungen-kommission-soll-den-ausstieg-sichern/12452016.html> und oh wunder, wer ist dort unter den 3 Chefs? Wieder Jürgen Trittin als „bewährter“ Verhandlungsführer mit der Atomlobby.

Nach Dieter ergriff Karsten Hinrichsen von der Initiative <http://www.brokdorf-akut.de/> das Wort und monierte vorweg die Symbiose der beiden Referenten und stellte dann die Frage, warum überhaupt radioaktiver Abfall nach irgend einem **Mikrosievert-Wert** in den Lebenskreislauf der Menschen und Tiere gelangen soll. Er forderte eine Null-Toleranz-Grenze. Dazu machte er zur näheren Begründung eine längere Ausführung und wurde dabei mit dem Zwischenruf gestört, ob nicht eine Redezeitbegrenzung festgelegt werden könne. Da Karsten in der Region für seinen jahrzehntelangen Kampf gegen das AKW-Brokdorf auch bei den Grünen anerkannt ist, respektierte man aber seinen längeren Beitrag - er bekam zwischendurch Beifall.

Die Antwort war, dass, wenn man das **10-Mikrosievert-Konzept** nicht anwenden würde, dass dann das 10 fache an radioaktivem Abfall in das Endlager müsste und eine solche Menge in keinem Endlager der Welt unterzubringen sei. Aber man würde mit diesem **10-Mikrosievert-Konzept** sehr sorgfältig umgehen z.B. wolle man darauf achten, dass nicht alles auf eine Mülldeponie käme sondern auf viele verteilt würde und musste dann aber selbst die Einschränkung machen, dass immer mehr Mülldeponien geschlossen würden, so dass die Auswahl zur Verteilung dann nicht mehr so groß sei. Man verwies darauf, dass nach „strengen“ Kriterien die **Freimessungen** in jedem Einzelfall erfolgen, damit der **10-Mikrosievert Wert** nicht überschritten würde und dass die Weiterverwertung von Materialien ausschließlich in **unkritischen** Bereichen eingesetzt werde.

Schließlich versuchte man auch noch damit zu überzeugen, dass in vielen Bereichen und auch Gegenden allein schon die natürliche Radioaktivität um ein Vielfaches höher liege und zeigte ein Dia-Bild mit einer langen senkrechten Skala all solcher Messwerte und der **10-Mikrosievert-Wert** stand als „harmloser Wert“ ganz unten.

Der unabhängige Sachverständige Wolfgang Neumann erläuterte die gesetzliche Grundlage für einen Rückbau. Dabei kritisierte er die von der Bundesregierung

angewandten Freigabewerte radioaktiver Stoffe, darunter auch den aus seiner Sicht veralteten Grenzwert von 10 Mikro-Sievert. Die 1996 von der Europäischen Union in die Strahlenschutz-Richtlinie aufgenommenen Werte seien bereits überholt und wurden auf EU-Ebene längst geändert. Es sei Aufgabe der Landesregierung eine Anpassung der Richtwerte bei der Bundesregierung zu verlangen.

Wir konnten hier nicht mehr so recht folgen – einerseits hat die EU Werte geändert aber die Bundesregierung diese noch nicht übernommen und Neumann fordert, dass eine Anpassung von der Landesregierung beim Bund verlangt werde.

Da Neumann sich aber darüber ausschwig, in welche Richtung die Anpassung gehen sollte, wollten wir unterstellen, dass ein „Unabhängiger“, der die Aussagen vom Ministerium beleuchten wollte, nur einen niedrigeren Grenzwert meinen könne. Aber so war es nicht. **Karsten erklärte es uns hinterher so:**

„Meiner Meinung nach wollte der Referent folgendes sagen:

Seit 1996 wird das 10 µSv-Konzept (Konzept) in der EU propagiert. Trittin hat es in deutsches Recht umgesetzt. Seit 2007 verwendet die ICRP 103 höhere Dosiswerte als 1996, so dass das Konzept heute HÖHERE Strahlenbelastungen zulässt. Viele zusätzliche Gesundheitsgefährdungen durch Strahlung werden im Konzept nicht betrachtet, sondern nur Krebstote: andere Krankheiten bis zum Tod, Krankheiten, die nicht tödlich enden, höhere Strahlenempfindlichkeit von Embryos, Kleinkindern, Kranken, Frauen, Organdosen werden nicht berücksichtigt (nur effektive Ganzkörperdosis), genetische Veränderungen. Wir von <http://www.brokdorf-akut.de/> versuchen, die Verteilung von rad. Stoffen in der Umwelt zu verhindern/ verringern.“

(Dazu aber noch ein ganz wichtige Ergänzung von Karsten auf Seite 11!)

Ob wir so die in der Einladung stehende Formulierung deuten sollen?: „Nach derzeitigen Erkenntnissen sollen **97 %** des beim Rückbau anfallenden Materials wieder verwendet werden oder frei gemessen außerhalb von Atommüllanlagen deponiert werden.“ Bei dem 10 Mikro-Sievert-Konzept wären ja (wie ausgeführt wurde) „nur“ **90 %** in den Lebenskreislauf der Menschen gelangt.

Wir sind dann gegangen und empfanden die Veranstaltung als ein **Déjà-vu** Erlebnis. Vor 40 Jahren wurde uns gesagt, dass die Radioaktivität vom Fernseher oder aus der Sonne etc. viel höher wäre, als was jemals ein AKW verursachen könne.

Nur jetzt war es nicht die damalige CDU-Stoltenberg Regierung sondern die Partei der Grünen bot 2 Referenten in einer Symbiose aus dem Energie-Wende-Ministerium und einer sich „unabhängig“ nennenden intac GmbH eine Plattform unter dem Anspruch von „**Bürgerbeteiligung**“.

Uns störte auch die Formulierung in der Einladung, dass die Grenzwerte beim Rückbau auf keinen Fall höher sein dürften als bei einem AKW im Betrieb. Vor 40 Jahren sagte man, dass gar keine Radioaktivität aus einem AKW entweichen würde.

Tatsächlich aber gelangen technisch bedingt beim Betrieb von Kernkraftwerken ständig geringe Mengen radioaktiver Stoffe über den Kamin in die Luft und über das Kühlwasser in die Umgebung. Die daraus resultierende effektive Dosis soll im Mittel pro Jahr weit unterhalb der natürlichen Strahlenexposition liegen.

Jedoch sind laut einer Studie, deren Ergebnis das Bundesamt für Strahlenschutz bestätigt, in der Nähe von deutschen Kernkraftwerken (Umkreis von 5 km) bei Kindern unter 5 Jahren häufiger Leukämieerkrankungen zu beobachten als im statistischen Mittel. Das betrifft genau so auch ältere Kinder u. Erwachsene: <http://www.brokdorf-akut.de/haeufungen.html> Die **Zukunfts-Werkstatt** formuliert: „Eingewendet wurde, dass die Grenzwerte beim Rückbau auf keinen Fall höher sein dürften, als bei einem AKW im Betrieb.“ Wer verantwortet eine solche Formulierung, die schon grundsätzlich eine Bestrahlungserlaubnis impliziert?

Am 16.11.2015 brachte die Norddeutsche Rundschau (Kreis Steinburg, Itzehoe) diesen Bericht über die Veranstaltung: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/015.11.16-PM-NR3.pdf> Darin steht gleich zu Anfang: **„Als historischen Sieg ihrer Partei feierten die Grünen die Entscheidung (den erneuten Atomausstieg nach Fukushima), die sich jedoch als überhastet herausstellen könnte. Der zeitgleiche Rückbau von mehreren Atomanlagen bringt Unmengen radioaktiv belasteter Materialien.“**

Solche Oberflächlichkeiten in Presseberichten sind leider alltäglich. Abgesehen davon, dass der erste sogenannte rot/grüne Atomausstieg 2001 unserer Meinung nach so wenig zum Feiern Anlass bietet wie der zweite schwarz/gelbe Ausstieg 2011, kann der Zeitpunkt des Abschaltens von AKW's nicht damit verbunden werden, dass danach der Rückbau organisiert werden muss, bzw. liest es sich so, als ob die AKWs wegen der Rückbau-Aufgaben noch länger hätten laufen sollen. Es steht ja nicht nur der Rückbau von Brunsbüttel und Krümel in SH an sondern derzeit sind es bundesweit bereits 23 Atomanlagen.

Was bedeutet Homöopathie? Zur Herstellung von homöopathischen Arzneimitteln werden die Substanzen einer sogenannten Potenzierung unterzogen, das heißt, sie werden wiederholt (meist im Verhältnis 1:10 oder 1:100) verdünnt. Die Verdünnung wird wegen der Giftigkeit vieler der verwendeten Stoffe durchgeführt.

Homöopathen nehmen an, dass durch das Verfahren der Verdünnung (was „Dynamisierung“ genannt wird) eine im Innern verborgene, geistartige Kraft wirksam werde. Diese behauptete erwünschte Wirkung widerspricht den Erkenntnissen der Naturwissenschaft. Die Homöopathie wird daher zu den Pseudowissenschaften gezählt – wo der **Placebo-Effekt** eine Rolle spielt.

Während bei den Arzneimitteln die Unwirksamkeit durch den Placebo-Effekt kaschiert werden kann, besteht bei der Homöopathisierung der Radioaktivität der Placebo-Effekt darin, dass den Menschen **die tatsächlichen Schädigungen** eher als **Einbildung vorgehalten** werden und alles versucht wird, den Ursachen-Zusammenhang nur im Globalen aber **nicht im Einzelnen anzuerkennen**.

Als in der Nähe eines AKWs in Indien Hunderte an Krebs erkrankten, wurde ihnen einfach eine Lungenentzündung attestiert. Im Film „Das Ding am Deich“ wird in einer Szene ausgeführt, als in dem nahe zum AKW-Brokdorf gelegenen Dorf Wewelsfleth kurz hintereinander die Frauen vom Bürgermeister und Pastor an Krebs starben, dass von Seiten des AKW-Betreibers gesagt wurde, dass beim Tod der Frauen von 2 im Dorf so angesehenen Persönlichkeiten dann schnell auf das Atomkraftwerk gezeigt würde, obwohl es dafür überhaupt keinen Zusammenhang gäbe. Das ist genau der Punkt: Individuell kann man einen Zusammenhang nur bei schwerster Bestrahlung beweisen. Ansonsten gibt es nur globale Zusammenhänge wie durch die Leukämie - Studie bei Kindern, die auch global anerkannt ist – aber für kein Kind können Eltern deshalb individuell den Beweis eines Ursachen-Zusammenhangs führen.

Der Referent aus dem Energie-Wende-Ministerium zeigte eine bunte Grafik (siehe Seite 12 der oben erwähnten Folie), wo der Müll, der nicht schon jetzt unter den Lebenden verteilt werden darf, schön in handliche Container konditioniert wird und in einer Halle am AKW-Standort gestapelt werden soll, bis irgendwann in ferner Zukunft ein Endlager gefunden würde.

Dieser Müll wird in der Folie als „Nicht Wärme entwickelnde schwach - und mittel radioaktive Stoffe“ bezeichnet. Wo der hochradioaktive Abfall bleibt, haben wir möglicherweise nicht mitbekommen – weil eingeschlafen.

Wie die Konditionierung gehandhabt wird, haben wir auch nicht mitbekommen – hier sind wir sicher, dass auch nichts darüber gesagt wurde. Mag sein, dass die Konditionierung von nicht Wärme entwickelnden Stoffen nicht so gefährlich ist. In Gorleben steht jedenfalls eine Konditionierungsanlage, die die Castoren in handliche Portionen für eine Endlagerung konditionieren soll - aber bisher noch nicht einen Tag in Betrieb war und ihr geht der Ruf voraus, dass das ein gefährliches Verfahren ist und nicht ohne weitere Freisetzung von Radioaktivität ablaufen könne.

Dieses „Detail“ wollen wir hier jetzt nicht weiter vertiefen.

Jedoch der Begriff Endlager wurde nicht einmal in Frage gestellt. In Deutschland erkundet man seit Ende der siebziger Jahre – initiiert durch das damalige Komplott von SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt und Niedersachsens CDU Ministerpräsident

Ernst Albrecht in Gorleben ein Endlager. Das reichte den Gerichten aus, um den Weiterbau in Brokdorf zu ermöglichen und somit auch den Weiterbetrieb aller AKWs. Gorleben wurde zwar kürzlich als einziges mögliches Endlager durch ein neues sogenanntes Endlager-Suchgesetz relativiert, aber wird als möglicher Standort gehalten – sonst müsste man die AKWs sofort stilllegen.

Um nur mal eine Vorstellung von diesem Verbrechen – und zwar eines der größten Verbrechen an der Menschheit und allen Lebewesen wieder zu geben – als nur ein Beispiel, richten wir den Blick auf das von Frankreich nahe der deutschen Grenze aktuell angegangene sogenannte Endlager in Bure, wobei wir klar sagen, dass es keine Endlösung bei der Lagerung des Atommülls geben darf - will heißen: Das in Bure und vielen anderen Orten der Welt – wie auch in vielen Köpfen von Politik und Atomindustrie in Deutschland verfolgte Konzept, zum dauerhaften „Vergraben“ des Atommülls (als Atomklo mit tickender Zeitbombe) ist ein erkennbar jetzt begangenes Verbrechen an die nachfolgenden Generationen.

Auch in der Veranstaltung in Itzehoe blieb unkommentiert, dass die beiden Referenten und auch der Veranstalter den Begriff „Endlager“ überhaupt nicht in Frage stellten, so als ob in der Zukunft ein Endlager überhaupt möglich sei.

Kein Gestein kann gesichert und dauerhaft verhindern, dass die freiwerdende Radioaktivität nicht in die Biosphäre gelangt. Der Zeitpunkt wird bewusst nur hinausgezögert – nach dem Motto: **Nach uns die Sintflut.**

Schon die kurzlebigen Erfahrungen bei den Beispielen der lecken Fässer in Brunsbüttel und im noch größeren Stil in der Asse (**die ja alle Beteiligten der Zukunfts-Werkstatt sehr genau kennen**) zeigen, dass der Atommüll zugänglich und ewig mit größter Sorgfalt bedient werden muss.

Das wird quasi zu einer der wichtigen Überlebensaufgaben der Menschheit. Dafür werden „uns“ die nachfolgenden Generationen auch auf ewig verfluchen.

Natürlich passt sich Politik Hand in Hand mit der Atomlobby und der herrschenden Wissenschaft (herrschende Wissenschaft ist auch immer Wissenschaft für die Herrschenden) flugs geschmeidig dem Problem theoretisch an – selbst in Frankreich haben sie sich bereits den Begriff „**Rückholbarkeit**“ propagandistisch einverleibt. Es ist aber nicht mehr als eine zur Beruhigungspille gestanzte Worthülse.

Das ist schon allein daran festzumachen, dass die zukünftige CASTOR-Bahn, deren Baubeginn Anfang 2016 ansteht, auf der neuen Bahnlinie 100 Jahre lang zwei CASTOR-Transporte pro Woche durchführen will.

Der umgekehrte Weg der Rückholbarkeit wird in der Planung nicht einmal erwähnt – geschweige denn realistisch durchgespielt – abgesehen davon, dass Ereignisse eintreten können, wie in der Asse, wo eine gemächliche Rückholung über 100 Jahre nicht gegeben ist, weil z. B. nach einem französischen Gutachten unterhalb des Tonschiefers von Bure heiße Quellen sind, die durch geologische Auffälligkeiten schnell nach oben ins Endlager einschließen können – vor allen Dingen auch mangels Zuständigkeit wegen der Kosten, die als Rückstellung dafür nicht einmal in der Phantasie gedacht werden. **Solche und ähnliche Beispiele sind weltweit endlos.**

Dennoch haben wir Respekt vor den ZuhörerInnen der Veranstaltung, die in ernster Sorge sich brauchbare Infos von der Veranstaltung erhofften, die aber nach unserem Eindruck unter dem Anspruch von Bürgerbeteiligung dafür gewonnen werden sollten, **damit die Atomkonzerne ihren AKW-Bauschutt auf Hausmülldeponien abladen dürfen oder den Metallschrott zu Jeans-Knöpfen, Trompeten, Kochtöpfen, Bratpfannen, Autokarosserien, Konservendosen, und mehr "rezyklieren" dürfen.**

Weil es keine Kennzeichnungspflicht dafür gibt, lebt es sich nach dem Motto „**was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß**“ und „**nach mir die Sintflut**“ doch immerhin erst einmal unbeschwert. Wenn uns dann der Krebstod ereilt, haben wir wenigstens vorher mit Verdrängung von Sorgen unbeschwert gelebt.

Im Pressebericht wird der Grünen-Landtagsabgeordnete Bernd Voß zitiert: „**Wir brauchen eine detaillierte Regulierung und strenge Kontrollen, wie mit den Stoffen umgegangen werden wird, die mit Radioaktivität in Berührung gekommen sind.**“

Wir kennen Bernd noch aus der Zeit, wo der Widerstandstrecker mit 6 kmh gedrosselt einen halben Tag von Itzehoe nach Brokdorf brauchte, um so den Zulieferverkehr zum AKW-Brokdorf zu blockieren. Wir konnten den Trecker auf dem Bauernhof bei Bernd abstellen. Wir können Bernd nicht „beurteilen“. In der Veranstaltung als Regierungs-Abgeordneter erschien er uns sehr „geschmeidig“. Ob in der Linkspartei oder bei den Grünen – solange sie noch in der Opposition sind, können wir uns mit ihren Forderungen meistens noch identifizieren. Sicher nicht immer - aber doch nicht selten, werden sie „unscharf“, wenn sie direkt an der Macht beteiligt sind. Es ist eben eine Illusion, dass Parteien wie die Grünen in der Kieler Regierung aufstehen und die sofortige Stilllegung des AKW-Brokdorf fordern – das wäre für uns aber ein **erstes Minimum**. Ach ja – soll ja nicht gehen – wegen der

Macht in einer Koalition und in Berlin und überhaupt wegen Gesetze usw. Da bleibt es dann nur bei der Forderung nach „**strengen**“ Kontrollen für alle Teile beim Abbau. Das wird jede Partei und jeder Abgeordnete auch so unterschreiben können und ändert nichts am **Rezyklieren und Homöopathisieren von 97 % des Atomschrotts**.

Den Wert dieser Veranstaltung mit derartiger Besetzung sehen wir mehr als eine Mitmach-Falle zum Vorteil der Atom-Industrie und sehen nicht, ob sie sonst noch einen Nutzen für die Allgemeinheit haben könnte. Deutlich wird aber, dass das Atom-Verbrechen nicht mit der Abschaltung von AKWs endet – sondern jetzt erst richtig in einem schier gigantischen Ausmaß durch den Umgang mit dem Atommüll droht – und ganz offensichtlich schon längst angefangen hat.

Warum gibt ein „Energie-Wende-Ministerium“ sich einen solchen Namen? Dabei unterstellen wir nicht einmal böse Absichten – aber auch Solarzellen stehen für Wirtschaftswachstum – der Name kann aber gut das **AKW-Rezyklieren** kaschieren.

George Orwell schrieb 1946 bis 1948 das weltberühmte Buch mit dem Titel „**1984**“, wo er den Staat u. a. mit seinen „lieblich tuenden“ Begriffsverdrehungen – als sogenannte „**Neusprache**“, einer Sprache, die aus politischen Gründen künstlich modifiziert – in allen Facetten ausmalte.

So fand auch sehr früh bei der Atomkraft aus **politischer Scham** eine Begriffs-Modifizierung a la Orwell statt, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen – um die Gefahren der Atomkraft zu verniedlichen.

Franz-Josef Strauß verhiß seinerzeit der Bevölkerung das goldene Atom-Energie-Zeitalter, obwohl schon von Anfang an die Risiken klar waren und verdrängt wurden. In den 50ziger und 60ziger Jahren propagierte die Bundesregierung noch den Begriff **Atomkraftwerke** und richtete eigens ein **Atomministerium** ein, wo der Bayer Franz-Josef Strauß der erste **Atomminister** wurde.

Als aber die Atomtechnik sehr schnell auch in der Bevölkerung als Bedrohung erkannt wurde, modifizierte die Atomindustrie und der Atomstaat getreu nach Orwell den Begriff für diese Energie und erfand die Neusprechweise „**Kernenergie**“.

Man könnte glauben, dass man sich mit dem Zeitgeist der aufkommenden Naturkostläden und Müsli- „**Kerne**“ tarnen wollte. Alle bis dahin als **Atomkraftwerke** bezeichneten Anlagen wurden in „**Kernkraftwerke**“ umbenannt.

Es impliziert „**kernig**“ und „**kerngesund**“. Das Wort „**Atom**“ mit den dunklen Vokalen und der Assoziation zur **Atombombe** sollte es somit nicht mehr geben. Im englischen Sprachraum wurde zeitgleich für „Atomic“ der Begriff „Nuclear“ (eine Assoziation zu Nüssen bzw. Fruchtkernen) eingesetzt.

Pseudowissenschaftlich rechtfertigte die staatstreue Atomwissenschaft (herrschende Wissenschaft ist immer Wissenschaft für die Herrschenden) die Umbenennung damit, dass der Begriff genauer wäre, weil nicht die Atome sondern die Kerne in ihnen sich spalten würden. Der Begriff Atombombe wurde aber beibehalten, obwohl auch dort nach der Zündung eine Kernspaltung abläuft. Das „**Atomministerium**“ wurde zum „**Umweltministerium**“. Jetzt heißt es (ob nur in SH?) „**Energie-Wende-Ministerium**“.

Als der britische Atomreaktor **Windscale** 1957 durch einen Reaktorbrand England und das europäische Festland mit radioaktivem Material verseuchte, wurde durch eine Umbenennung der Anlage in **Sellafield** der Öffentlichkeit die Katastrophe vergessen gemacht.

Umbenennungen rein aus Motiven „orwellscher“ Täuschung der Bevölkerung mit Begriffsverdrehungen sind die Regel. So z.B. wird die radioaktive **Bestrahlungs-Erlaubnis** der Bevölkerung **Strahlenschutz-Verordnung** genannt und die Grenzwerte wurden mehrfach „**zeitgemäß angepasst**“ = erhöht. Mit dem Begriff **Endlagerung** bzw. „Endlager-Erkundung“ wird vorgegaukelt, dass eine **Endlösung** zur sicheren Lagerung des Atommülls überhaupt technisch wie politisch machbar wäre, um mit dieser „**Schein-Politik**“ ungehemmt kriminell weiteren Atommüll zu erzeugen und ihn dann noch obendrein zu „97 %“ unter allen Lebewesen zu **homöopathisieren**.

Gegen die Gefährlichkeit wird mit „**Neusprech**“-**Begriffsverdrehungen** gegaukelt.

Orwellsche Neusprache gab es u.a. auch früh in Indien, wo Orwell geboren wurde.

Am 18. Mai **1974** zündete Indien die erste Atombombe – nach „orwellscher“ „**Neusprache**“ unter dem religiösen Codenamen „**Operation Smiling Buddha**“.

Auch die erste Atombombe der Welt überhaupt, die von den USA 1945 in der Wüste Nevada gezündet wurde, lief unter einem religiösen Codenamen, nämlich „**Die heilige Dreifaltigkeit**“ (Die heilige Dreifaltigkeit bezeichnet in der christlichen Religion „Gott Vater, Gott Sohn und Gott heiliger Geist“ – alles männlich -), womit die Einführung der schlimmsten Waffe in der Menschheit **das Ur-Motiv von Religions-Krieg** symbolisiert. (Der christliche Dogmatismus wütet/e verheerend. Aktuell eifert der islamische Dogmatismus ihm nach.) Mit dem heiligen Atomschwert kämpfen „sie“ im Namen eines imaginären Gottes im Ergebnis leider für eine scheußliche und ungerechte Welt, wo jeden Tag mit dem von den Apologeten/innen **in allen Parteien** unverändert hochgehaltenen politischen Postulat „**Wirtschaftswachstum**“ (was das Gegenteil von natürlichem Wachstum ist) ein Stück Umwelt mehr vernichtet wird.

Dazu: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2013.01Turmbau-zu-Babel-Teil-1.pdf> **und:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2013.01Turmbau-zu-Babel-Teil-2.pdf>

Und hier 2 Ergänzungen:

.) Aufgrund eines persönlichen Gesprächs mit Karsten konnten wir klären, dass Wolfgang Neumann mit seinen Ausführungen keinesfalls eine Erhöhung des Grenzwerts von 10 Mikrosievert vertreten hat, so dass die Ausführung auf Seite 4 in unserem Aufsatz dahingehend ergänzt/korrigiert wird.

.) Auch wenn es für die Aussage unseres Aufsatzes eine Nebensache ist, welchen Eindruck Wolfgang Neumann nun einmal auf uns gemacht hat, so wollen wir aber die Kritik von Franz anbringen und zwar mit diesem **Auszug einer Diskussion, die nach der ersten Veröffentlichung erfolgte – wo es Franz darum geht, dass die Integrität von Wolfgang Neumann und „intac“ klar gestellt wird:**

Am 22.11.2015 schrieb Franz:

„Hallo Antje und Dieter,

da scheint Ihr aber einiges falsch verstanden zu haben.

In der Selbstdarstellung von intac heißt es:

"... (kritischen) Bewertung der Nutzung der Atomenergie"

Ihr macht daraus "Bewertung der Nutzung der Atomenergie" und tut so, als hieße das, intac fände Atomenergie nützlich.

Viele Folien in der von Euch zum Download gestellten Präsentation von Wolfgang Neumann referieren die derzeitige Handhabung bei "Freimessen" und "Freigabe", OHNE sich diese zu eigen zu machen, wie Ihr in Eurer Kritik suggeriert.

Und wenn Wolfgang referiert (Folie 25), dass ein vordergründig einfaches Dazupacken des nach derzeitiger Handhabung freigegebenen radioaktiven Müll zum derzeit offiziell als radioaktiv anerkannten Müll einige Probleme aufwirft, dann zieht Ihr zu Unrecht daraus den Schluss, dass er den derzeitigen Zustand beibehalten möchte oder sogar noch verschlechtern möchte. Denn erstens erläutert er ja auf den folgenden Folien verschiedene alternative Formen der Deponierung. Und zweitens will er keinesfalls eine Anhebung von Grenzwerten wie Ihr auf Seite 4 Eures Textes andeutet. Sondern er fordert, statt der in der Strahlenschutzverordnung angegebenen Grenzwerte, "bei messtechnischer Kontrolle unter Berücksichtigung der erreichbaren Nachweisgrenze keine entsprechende Radioaktivität". "keine Radioaktivität" ist gegenüber 10µSv eine klare Absenkung.“

Auf Wunsch schicken wir gern die ausführliche Fassung per Mail - das wurde so mit Franz abgestimmt. Durch die Differenzen in dieser Debatte kann man sich eine eigene Meinung bilden.

Hier noch Links zum Thema „Freimessen“ und „Krebs-Cluster“:

.) Krebs-Statistik für die Gegend um das Atomkraftwerk Brokdorf:

<http://www.brokdorf-akut.de/haeuftungen.html>

.) **BUND-Studie zu den Problemen der Freigabe von schwach radioaktiven Stoffen:**

http://www.bund.net/themen_und_projekte/atomkraft/nach_dem_abschalten/freimessung/

Zumindest verstehen wir Wolfgang Neumann hier so, dass er das 10-Mikrosievert-Konzept zwar „für praktikabel (?) hält“- jedoch seine Umsetzung kritisiert. Darüber gab es im BUND-NRW auch eine Auseinandersetzung.

.) **Forschungszentrum Jülich und**

Bundforschungsinisterium täuschen die Öffentlichkeit:

http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/atomenergie/

.) **Atommüll-Report – Freimessung:**

<http://www.atommuellreport.de/themen/freimessung.html>

Mit der Novellierung der Strahlenschutzverordnung im Jahr 2001 (modifiziert 2011) wurde die Freigabe radioaktiver Abfälle unterhalb bestimmter Grenzwerte bundeseinheitlich geregelt und signifikant ausgeweitet. Radioaktive Abfälle, die gering kontaminiert sind, werden "freigemessen" und anschließend "frei gegeben". Durch die Freigabeentscheidung sind sie keine radioaktiven Stoffe im Sinne des Atomgesetzes mehr. Je nach Klassifizierung können Stoffe uneingeschränkt oder zur Beseitigung freigegeben werden. Bei einer uneingeschränkten Freigabe gibt es keine Festlegungen bezüglich der künftigen Nutzung, Verwendung, Verwertung, Wiederverwertung, Beseitigung oder dem endgültigen Verbleib der Stoffe. Bei einer Freigabe zur Beseitigung müssen die Stoffe auf einer Deponie gelagert oder verbrannt werden. Eine Verwertung oder Wiederverwendung außerhalb einer Deponie oder Verbrennungsanlage sowie der Wiedereintritt der Stoffe in den Wirtschaftskreislauf muss ausgeschlossen sein. **Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Massen an radioaktiven Abfällen infolge der anstehenden Rückbauprojekte in den nächsten Jahren ist eine flächendeckende Verbreitung uneingeschränkt freigegebener radioaktiver Stoffe sowie eine Konzentration auf den Hausmülldeponien zu erwarten.**